



Donnerstag, 31.10.2013

Ausgabe 13/2013

USA bald zahlungsunfähig? US-Staatsverschuldung derzeit bei 17 Billionen Dollar

Liebe Leserin, lieber Leser,

an den Finanzmärkten geht der Blick oft in Richtung USA. Doch so groß wie im Oktober 2013 war das Interesse an den Ereignissen in den Vereinigten Staaten nur selten. Die größte Anziehungskraft hatte dabei der offen ausgetragene politische Streit über die Anhebung der US-Schuldenobergrenze. Diese lag seit Sommer 2011 bei 16,7 Billionen Dollar.

Die USA hatte diese Schuldenobergrenze bereits im Mai 2013 erreicht. Das Finanzministerium konnte die Zahlungsunfähigkeit nur durch verschiedene Sondermaßnahmen umgehen, indem zum Beispiel Beiträge in Pensionsfonds ausgesetzt wurden.

Die Schuldenobergrenze wurde 1917 in den USA eingeführt und bei 11,5 Mrd. Dollar fixiert. Seitdem wurde sie bereits 96 Mal angehoben. Seit Reagans Amtsantritt 1981 ist die Obergrenze schon 45-mal erhöht worden. Insofern stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Obergrenze.

Hinzu kam, dass die USA keinen gültigen Haushalt für das laufende Finanzjahr hatten, das bereits am 1. Oktober begann. Ab diesem Tag trat der Government-Shutdown in Kraft. Dadurch wurden rund 400.000 Staatsbedienstete in den unbezahlten Zwangsurlaub geschickt und viele staatliche Einrichtungen geschlossen.

Ab Donnerstag, 17.10.2013 drohte den USA die Zahlungsunfähigkeit, wenn sich der US-Kongress nicht rechtzeitig auf eine höhere Schuldenobergrenze geeinigt hätte. Bei Erreichen der Schuldenobergrenze ist eine weitere Staatsverschuldung nicht mehr möglich. Es müssen dann radikal die Ausgaben gesenkt werden, bis mit einem neuen Gesetz eine neue Schuldenobergrenze definiert ist.

Im Oktober bestand deshalb die Gefahr, dass es zu einem Zahlungsausfall auf US-Staatsanleihen kommen könnte. Allein im November sind Zinszahlungen mit einem Volumen von 30 Mrd. Dollar fällig. Wenn diese ausgefallen wären, hätte das den größtmöglichen Vertrauensverlust für die größte Volkswirtschaft der Welt bedeutet und weltweite, unkalkulierbare Auswirkungen hervorgerufen.



So haben in den Tagen des Streits der beiden US-Parteien viele Experten vor einer Katastrophe gewarnt, falls der Kongress nicht rechtzeitig die Erhöhung der Schuldenobergrenze beschließen würde. Was für ein Witz: Die größte Wirtschaftsmacht der Welt überlebt nur, wenn sie ihre Schulden erhöht. Geschieht das nicht, kommt es zum weltweiten Kollaps. Der Weltbankpräsident Kim sprach von einem „sehr gefährlichen Moment“ vor dem die Welt nur wenige Tage entfernt sei und Deutsche-Bank Chef Jain warnte vor einer „schlimmen Katastrophe“, die unbedingt vermieden werden muss. Der Druck auf die Kontrahenten in Washington wurde ständig erhöht.

Scharfe Worte kamen auch aus dem chinesischen Finanzministerium, das die Amerikaner aufforderte, „die Sicherheit der chinesischen Investments zu gewährleisten“. Für den Fall, dass die USA die Schuldenobergrenze nicht erhöhen würde, müssten die Amerikaner zuerst ihren Schuldendienst an die Inhaber von US-Staatsanleihen leisten, verlangte der chinesische Vize-Finanzminister Zhu.

Diese Forderung aus China wirft ein Schlaglicht auf die Verhältnisse der Weltmächte: Die Amerikaner haben sich massiv verschuldet und müssen nun scheinbar nach der Pfeife der Chinesen tanzen. China hält etwa 60 Prozent seiner ausländischen Investments in US-Dollar. Für Peking standen also 2 Billionen US-Dollar auf dem Spiel.

Bis zum 17. Oktober hatten Demokraten und Republikaner Zeit, um eine Erhöhung der Schuldenobergrenze zu beschließen und dadurch einen Staatsbankrott der USA abzuwenden. Wie zu erwarten war, hatten sich Republikaner und Demokraten sprichwörtlich wieder um fünf Minuten vor Zwölf geeinigt. Dieses Theater ist für objektive Betrachter nur schwerlich nachzuvollziehen. Beide Parteien einigten sich in der Nacht zum 17.10.13 auf eine Übergangslösung zur Anhebung der gesetzlichen Schuldendecke und zur Finanzierung des Staatshaushalts. Danach kann die Regierung bis zum 7. Februar neue Schulden aufnehmen, und es gilt ein Übergangshaushalt bis zum 15. Januar 2014. Der „Shutdown“ der US-Regierung war somit vorbei. Am nächsten Tag kehrten tausende US-Beamte aus dem Zwangsurlaub zur Arbeit zurück, Nationalparks und Behörden öffneten wieder.

Sind die Probleme gelöst?

Der Kompromiss zur Entschärfung des US-Finanzstreits bringt nur ein wenig Zeit, bevor es im Februar erneut zu einem Debakel kommen kann. Der Konflikt ist nur vertagt, nicht gelöst. Im Stellungskrieg um den Staatshaushalt haben Demokraten und Republikaner nicht mehr als einen Waffenstillstand bis Anfang des Jahres vereinbart. Schon im Januar droht erneut der Regierungsinfarkt und im Februar der Schuldenkollaps, falls sich beide Parteien in den nächsten Wochen nicht auf eine längerfristige Lösung einigen.

Doch selbst auch diese würde keine wirkliche Problemlösung bedeuten: Denn statt 16,7 Billionen US-Dollar werden die USA zukünftig auch 17, 18 oder 20 Billionen Dollar nicht zurückzahlen können.

Das eigentliche Ergebnis der Einigung:

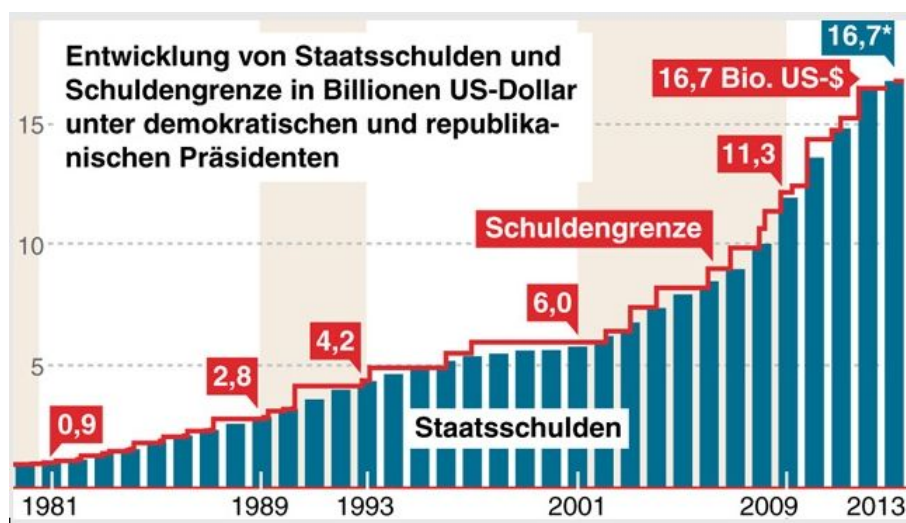
Auf Verlangen der US-Regierung darf die Notenbank Fed jetzt wieder Geld an die Regierung verleihen, das es noch gar nicht gibt und für das kein Gegenwert existiert. Diesen Satz kann man nur verstehen, wenn man weiß, wie das herrschende Geldsystem funktioniert. Dieses wurde ausführlich in den [Ausgaben 01/2013](#) bis [04/2013](#) des SWM AG Newsletters erläutert.

Das US-Schuldentheater geht in eine der letzten Runden. Die Verschuldungsprobleme sind ohne hohe Verluste für die Bevölkerung unlösbar. Man kann sich darauf aber vorbereiten und schützen. Dazu später mehr. Dr. Ludwig von Mises, ein herausragender Geld-Wissenschaftler schrieb schon vor rund 100 Jahren:

„Es gibt keinen Weg, den finalen Kollaps eines Booms durch Kredit-Expansion zu vermeiden. Die Alternative ist nur, die Krise durch freiwillige Aufgabe der Expansion früher kommen lassen oder später eine finale und totale Katastrophe des Währungssystems zu riskieren“.

Sehen wir uns die Situation der USA einmal etwas genauer an:

Was steckt hinter der US-Schuldenobergrenze?



Das gesetzliche Schuldenlimit ist eine Eigenart der USA. Es gibt wohl kaum eine Grenze, die so häufig verschoben wurde, wie die US-Schuldenobergrenze.

Eingeführt wurde der Schuldendeckel im Haushaltsrecht der USA in 1917. Offizieller Anlass war die Kostenexplosion durch den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg.

Seitdem gilt: Wird die Grenze erreicht, treten automatische Ausgabenkürzungen in Kraft.

Der Kongress muss immer wieder die Schuldengrenze anheben

In den 96 Jahren nach Einführung der Schuldenobergrenze wurde diese 96 Mal nach oben verschoben. Immer erst nach Anhebung durch ein neues Gesetz kann sich die US-Regierung wieder frisches Geld besorgen, sich also weiter verschulden.

Kurz nach dem Ende des Finanzstreits in Washington sind die US-Staatsschulden über die 17-Billionen-Marke gesprungen. Das offizielle Minus in der Kasse betrug zuletzt 17,075590 Billionen Dollar. Zuvor blieb die rote Zahl monatelang genau an der offiziellen gesetzlichen Schuldengrenze von knapp 16,7 Billionen Dollar, ausgelöst durch verschiedene Buchungstricks stehen. Eine weitere Staatsverschuldung war ohne gesetzliche Regelung jedoch nicht möglich. Gemäß dem neuen Beschluss dürfen sich die USA nun also bis zum 7. Februar kommenden Jahres wieder neues Geld borgen.

Ohne rechtzeitige Aufhebung der Schuldengrenze hätte das Land den Finanzkollaps erlitten. Es konnte seit Erreichen der Schuldengrenze im Mai diesen Jahres nur deshalb seine Rechnungen begleichen, weil sich durch „außerordentliche Maßnahmen“ noch Geld aus anderen Kassen, wie etwa den Währungsreserven, umschichten ließ. Diese kreativen Buchhaltungsspielräume waren Mitte Oktober scheinbar vollkommen ausgeschöpft.



Worum ging es in der politischen Auseinandersetzung?

Zunächst rangen Republikaner und Demokraten um einen Etat für das am 1. Oktober begonnene Fiskaljahr 2014. Wegen des fehlenden Budgets standen zweieinhalb Wochen Teile der Bundesverwaltung still.

Daneben lief die Zeit für eine Anhebung der Schuldenobergrenze davon, weil sonst laufende Rechnungen nicht mehr bezahlt werden konnten - auch keine Zinsen für Anleihen. Ein Durchbruch war lange nicht in Sicht.

In der wochenlangen Auseinandersetzung um die Erhöhung des Schuldenlimits ging es eigentlich darum, die Regierung wieder in die Lage zu versetzen, jene Rechnungen gegenüber Rentnern, Regierungsangestellten und ausländischen Kreditgebern zu begleichen, denen der Kongress zu einem viel früheren Zeitpunkt in Form von Haushalten und Gesetzen bereits zugestimmt hatte.

Wofür stritten die Parteien?

Die Republikaner versuchen seit einigen Jahren, ihr Mittun bei der Erhöhung der Schuldenobergrenze an politische Bedingungen zu knüpfen. 2011 forderten sie verlängerte Steuererleichterungen für Gutverdienende und konnten sich durchsetzen. Grund genug, auch dieses Jahr mehrere Forderungen zu stellen. Die wichtigste: Sie wollten eine teilweise Rücknahme der schon beschlossenen Gesundheitsreform durchsetzen. Nur wenn Obama hier einlenkt, wollten sie der Anhebung der Schuldenobergrenze zustimmen. Da die Republikaner im Repräsentantenhaus über die Mehrheit verfügen, können ohne ihre Zustimmung keine Budgetfragen entschieden werden.

Letztlich gaben die Republikaner dann doch ihren Plan auf, die Gesundheitsreform der Demokraten, auch "Obamacare" genannt, einschneidend zu ändern oder zu verzögern. Zur Gesichtswahrung setzten sie lediglich eine schärfere Prüfung von Anträgen auf staatliche Beihilfen für eine Krankenversicherung durch.

Druck aus dem Ausland

Die beiden US-Parteien bekamen erheblichen Druck von den ausländischen Gläubigern der USA, sich rasch zu einigen. China veröffentlichte eine ernsthafte Warnung, „die Sicherheit der chinesischen Investitionen zu gewährleisten“, indem sichergestellt werde, dass „die USA nicht zahlungsunfähig werden“.

Auch Japan und Mexiko warnten vor einer US-Pleite. Die beiden Länder fürchteten um den Wert ihrer Devisenreserven und um die Stabilität der Weltwirtschaft. Japan hat mehr als eine Billion Dollar in US-Staatsanleihen investiert.

Vertrauensverlust der USA: Folgen für deutsche Sparer

Sollte das Vertrauen in amerikanische Anleihen schwinden, hätte das auch erhebliche Folgen für deutsche Sparer. Was bedeutet das für Lebens- und Rentenversicherungen?

Das Geld der Lebens- und Rentenversicherungen steckt vor allem in festverzinslichen Wertpapieren mit angeblich „guter Bonität“, beispielsweise deutschen Staatsanleihen oder US-Bonds. Sollten ernsthafte Zweifel an der Zuverlässigkeit der USA aufkommen, müssten sich die Lebensversicherer von den US-Anleihen trennen. Bei einer Flucht der Investoren in Bundesanleihen würden deren ohnehin schon mickrigen Renditen aber noch weiter sinken. Das dürfte den Druck auf die Lebensversicherer weiter verstärken. Viele Anleger erhalten bereits heute weit weniger Geld als sie sich ursprünglich beim Abschluss ihres Vertrages erhofft hatten.

Auch das Sparbuch wirft so gut wie nichts mehr ab, weil die Notenbanken die Zinsen auf Rekordtiefstände unterhalb der Inflationsrate gesenkt haben. Mit ihrer Geldflut wollen die Notenbanken die Konjunktur ankurbeln. Ein Ausstieg aus der Politik des billigen Geldes ist angesichts der schwachen Konjunktur und der hohen Schuldenstände ausgeschlossen. Aus diesem Grunde werden auch in den nächsten Jahren kaum Zinserträge zu erzielen sein.

Chinesische Ratingagentur senkt US-Kreditwürdigkeit

Obwohl im Finanzstreit der USA in letzter Minute eine Übergangslösung gefunden wurde, hat die chinesische Ratingagentur Dagong die Kreditwürdigkeit der weltgrößten Volkswirtschaft gesenkt. Die Bonitätsnote wurde von der dritthöchsten auf die vierthöchste Bewertung zurückgenommen. Der Ausblick bleibt negativ, so dass weitere Abstufungen drohen.

Dagong gilt bisher wegen seiner intransparenten Verflechtung von Politik und Wirtschaft in China nicht als ernstzunehmender Konkurrent für die großen westlichen Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch. Als größter ausländischer Gläubiger ist China zunehmend besorgt, dass die politischen Dauerquerelen in den USA die eigenen Forderungen bedrohen könnten. Die chinesische Zentralbank beziffert Chinas Währungsreserven auf 3,66 Billionen US-Dollar. Davon sollen 60 Prozent in US-Dollar notieren. 1,3 Billionen Dollar hat China in US-Staatspapieren investiert.

Fitch drohte den beiden US-Parteien mit Verlust der Rating-Bestnote für die USA

Auch die Ratingagentur Fitch übte Einigungsdruck im Streit der beiden US-Parteien aus und drohte mit der Herabstufung der US-Kreditwürdigkeit. Das "politische Spiel mit dem Feuer und die geringere finanzielle Flexibilität" hätten die Gefahr einer Staatspleite erhöht, begründete Fitch seine Warnung. Die Agentur setzte das begehrte "AAA" oder "Triple-A" unter Beobachtung.

Die Ratingagentur Standard & Poor's hatte den USA bereits im Sommer 2011 die Bestnote entzogen. Auch damals hatte ein Streit über die Schuldenobergrenze das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gebracht.

Was würde passieren, wenn das Schuldenlimit Anfang 2014 nicht angehoben würde?

Einigt sich der US-Kongress Anfang 2014 nicht auf eine höhere Schuldenobergrenze, droht erneut den USA die Zahlungsunfähigkeit. Viele Länder weltweit wären von einer derartigen Pleite direkt betroffen. Nicht zuletzt, weil in etwa die Hälfte der US-Schulden in Form von Staatsanleihen von ausländischen Regierungen, Zentralbanken und anderen ausländischen Investoren gehalten werden. Ein Zahlungsausfall würde diese Bestände und den Dollar als Weltleitwährung massiv infrage stellen. Allein China hat wie erwähnt Forderungen an die USA in Höhe von 1,3 Billionen Dollar.

Bei einem Zahlungsausfall der USA wären die Folgen unabsehbar. Die Staatsanleihen der USA sind eine wichtige Grundlage des weltweiten Finanzsystems. Eigentlich sollen sie eine risikolose Anlageform darstellen. Suggestiert wurde das bisher auch durch die Triple A-Bewertung von Moody's und Fitch. Würde das Vertrauen in die US-Staatsanleihen verloren gehen, könnte fast jedes Finanzinstrument plötzlich infrage gestellt werden. Die Folgen für die Weltwirtschaft wären unvorhersehbar.

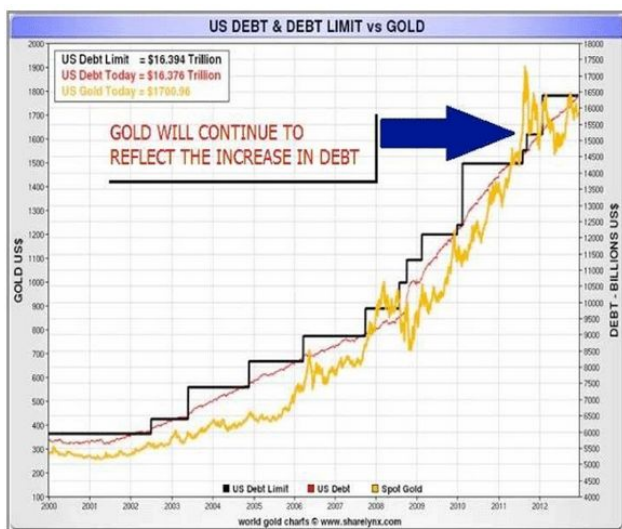


Abb. 3: US-Staatsverschuldung (rot) inkl. der Verschuldungslimite (schwarz) versus Goldpreis (gelb) von 01/2000 bis 12/2012
 Quelle: www.sharelynx.com

Wie in nebenstehendem Chart ersichtlich, kletterte der Goldpreis (gelbe Linie) seit dem Jahr 2000 annähernd synchron mit der US-Staatsverschuldung (rote Linie). Die schwarze „Treppe“ zeigt den jeweiligen Stand der US-Schuldenobergrenze.

Ein weiteres Ansteigen der US-Schulden wird zu weiteren Steigerungen des Goldpreises und natürlich auch des Silberpreises führen, weil das Schuldenproblem weiter ungelöst ist und das Crashpotential erhöht.

Damit sich Anleger vor den Risiken der weltweit ausufernden Verschuldung und ihrer Folgen (Inflation, Kaufkraftverlust und Währungsreform) schützen können (siehe [SWM AG Video zur Krise](#)), hat die SWM AG das Konzept „[Strategic Eternal Value](#)“ entwickelt! [Video zu "Strategic Eternal Value" ansehen!](#) Weiteres Video: [Experten über die Kapitalanlage in Edelmetalle!](#)

Gutes Gelingen bei Ihren Entscheidungen

wünscht Ihnen

Ihr

Customer-Service der [SWM AG](#)

service@sev.li

Tel: +423 - 2 300 182



Nachfolgend ergänzende Informationen zu Edelmetallen:

Edelmetalle langfristig:

Vergleich: letzte 10 Jahre

Linien im Chart	Edel- metall	05.11.03 USD	29.10.13 USD	Wertsteigerung in den letzten 10 Jahren	durchschnittliche Wertsteigerung pro Jahr
1 orange	Silber	4,88	22,52	361%	16,52%
2 rot	Palladium	196,50	744,50	279%	14,25%
3 blau	Gold	380,75	1353,18	255%	13,51%
4 grün	Platin	750,00	1469,50	96%	6,96%

Preise in US-Dollar für 1 Unze (31,1 Gramm)



*Wenn die öffentliche Schuld
eine bestimmte Höhe überschritten hat, so gibt es,
glaube ich, kein einziges Beispiel,
wo es je gelungen wäre,
sie auf gerechte Weise und vollständig zurückzuzahlen.*

Adam Smith (1723 - 1790),
schottischer Nationalökonom und Moralphilosoph

Permanenter Kaufkraftverlust des Papiergelds

Circa 71 % gegenüber Gold im letzten Jahrzehnt!

1 Feinunze Gold in US-Dollar (letzte 10 Jahre)



Der Goldpreis hat sich in den letzten 10 Jahren fast ver-4-facht. Das dürfte aber erst der Anfang gewesen sein. Die Kurve, die Sie auf diesem Bild sehen, ist vermutlich der Beginn einer parabelförmigen Goldpreisentwicklung. Zwischenzeitliche Kursrücksetzer, wie zuletzt ändern daran nichts.

Der Anstieg von 381 USD auf **1.353 USD** innerhalb von 10 Jahren entspricht einer **durchschnittlichen jährlichen Wertsteigerung von 13,51 %**.

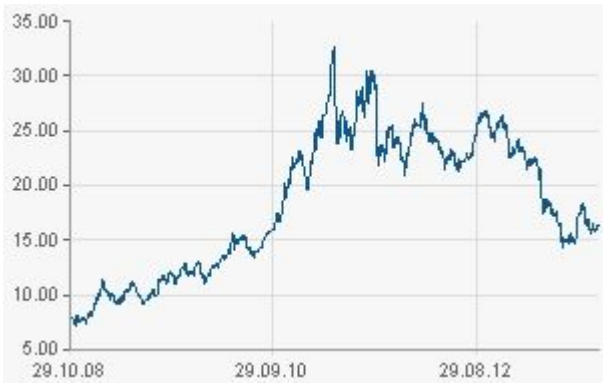
Vor 10 Jahren bekam man für **1.353 Dollar** noch **3,55 Unzen** Gold. Im Oktober 2013 erhält man für den gleichen Betrag nur noch **1 Unze** Gold.

Das entspricht einem **Kaufkraftverlust des Papiergelds** gegenüber Gold von rund 71 Prozent innerhalb von nur 10 Jahren.



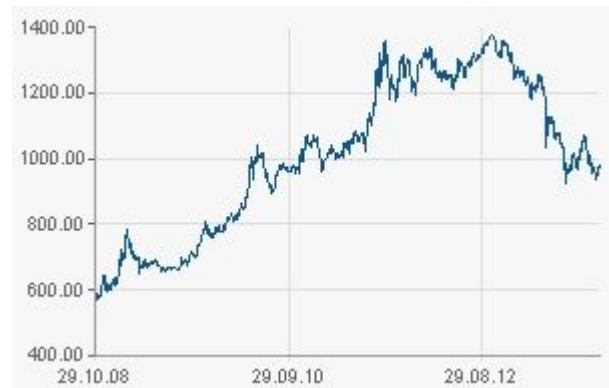
Aktuelle Preisentwicklung der Edelmetalle - Stand 29.10.2013

1 Unze Silber in Euro



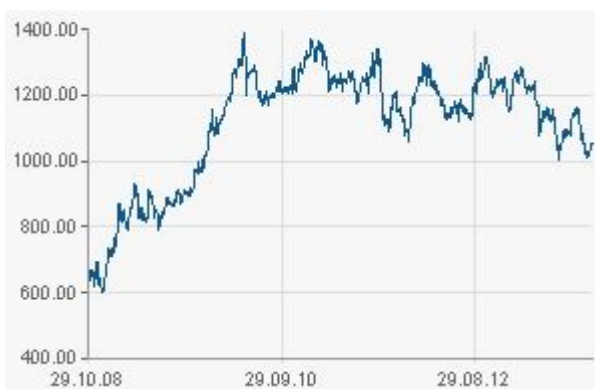
**Wertzuwachs letzte 60 Monate:
ca. + 117 Prozent**

1 Unze Gold in Euro



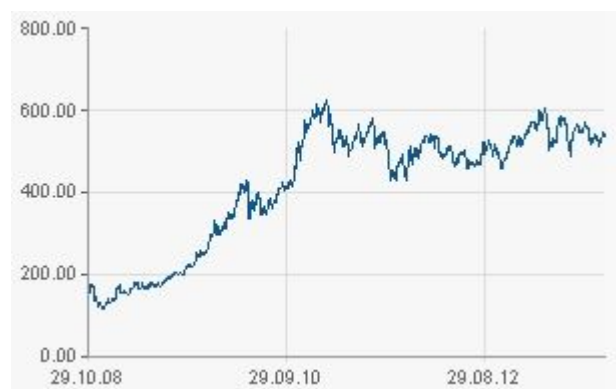
**Wertzuwachs letzte 60 Monate:
ca. + 66 Prozent**

1 Unze Platin in Euro



**Wertzuwachs letzte 60 Monate:
ca. 74 Prozent**

1 Unze Palladium in Euro



**Wertzuwachs letzte 60 Monate:
ca. + 184 Prozent**

Edelmetalle mittelfristig:

Vergleich: letzte 5 Jahre

Linien im Chart	Edel- metall	03.11.08 USD	29.10.13 USD	Wertsteigerung in den letzten 5 Jahren	durchschnittliche Wertsteigerung pro Jahr
1 rot	Palladium	192,50	744,50	287%	31,07%
2 orange	Silber	9,85	22,52	129%	17,98%
3 blau	Gold	727,95	1353,18	86%	13,20%
4 grün	Platin	823,00	1469,50	79%	12,29%

Preise in US-Dollar für 1 Unze (31,1 Gramm)



Das Presse-Archiv der SWM AG finden Sie [hier](#)

Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie [hier](#)

Tagesaktuelle Edelmetall-Preise gibt es [hier](#)

Impressum:

SWM AG - Customer Service - Altenbach 1 - FL-9490 Vaduz

eMail: service@sev.li

Website: <http://www.sev.li>

Tel: +423 - 2 300 182

